

Antwort auf Anfragen	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 204 - Zuwanderung und Integration
	Bearbeiter/in	Jürgen Lemmer
	Telefon (0202)	563 2679
	Fax (0202)	563 8576
	E-Mail	juergen.lemmer@stadt.wuppertal.de
	Datum:	18.01.2006
	Drucks.-Nr.:	VO/0026/06/1-A öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
24.01.2006	Migrationsausschuss	Entgegennahme o. B.
Drucks.Nr. VO/0026/06 - Auswirkungen der geplanten Kürzungen der Landesregierung		

Eine Beantwortung der Anfrage über die Auswirkungen der geplanten finanziellen Kürzungen ist zum jetzigen Zeitpunkt und teilweise ob fehlender Daten nur sehr eingeschränkt möglich. Darüber hinaus sind für den Migrationsbereich nicht nur Kürzungen, sondern auch Mittelverschiebungen geplant.

Im Detail:

1. Über die Auswirkungen auf die Zuschüsse für die Migrationsarbeit der Wohlfahrtsverbände kann keine Aussage gemacht werden, da die Verwaltung keine Informationen durch das Land bekommen, welche Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände gewährt werden.
2. Eine exakte Aussage zu den Auswirkungen der Kürzungen im FlüAG kann erst im Mai getroffen werden. Die Landeserstattung im FlüAG wurde zum 01.01.2005 von einem personenabhängigen Verfahren auf ein budgetgestütztes Verfahren umgestellt. Das Gesamtbudget wird in 4 Quartalsbeträge aufgeteilt und die Gesamtzahl aller erstattungsfähigen Flüchtlinge in NRW wird in einem Verhältnis zum Aufnahmesoll und –ist der jeweiligen Stadt gesetzt. Die geplanten Kürzungen auf Landesebene entsprechen in etwa dem Rückgang der Asylbewerberzahlen in NRW. Daher ist im Moment davon auszugehen, dass im Verhältnis zu den erstattungsfähigen Flüchtlingen keine Kürzung erfolgt.
3. Erneut bereitgestellt wurden dagegen Mittel für Kommunale Integrationsprojekte. Wuppertal hat hiervon unmittelbar schon durch zusätzliche Mittel für das Integrationsportal profitiert.
4. Ausgeweitet werden soll auch die Sprachförderung im Elementarbereich auf insgesamt

15 Mill. €. (bisher etwa 9 Mill. €) Für Wuppertal erwarten wir in diesem Bereich eine höhere Förderungsquote als die bisher zu 50 % bezuschussten Maßnahmen.

Dr. Kühn